

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 61/0546/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 02.11.2022
		Verfasser/in: FB 61/010 // Dez. III
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.08.2022, öffentlicher Teil		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
03.11.2022	Planungsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 18.08.2022, öffentlicher Teil.

Anlage/n:

Niederschrift vom 18.08.2022, öffentlicher Teil

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 18.08.2022
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	21:15 Uhr
Ort, Raum:	Burtscheider Saal, Kurpark Terrassen, Dammstr. 40, 52066 Aachen

Anwesende:

Ratsherr Johannes Hucke

Bürgermeister Norbert Plum

Ratsherr Christoph Allemand

Ratsherr Harald Baal

Ratsherr Marc Beus

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsfrau Julia Brinner

Herr Prof. Joachim Loseck

Vertretung für: Ratsherr Wilhelm Helg

Ratsherr Lars Lübben

Vertretung für: Ratsfrau Astrid Vogelheim

Ratsherr Wolfgang Palm

Ratsherr Carsten Schaadt

Frau Maria Dörter

Herr Jan Frieders

Herr Alexander Gilson

Herr Tobias Küppers

Herr Dieter Müller

Herr Paul Rütgers
Herr Kasimir Brucki

Vertretung für: Herrn Ernst-Rudolf Kühn
Vertretung für: Herrn Ralf Demmer

Abwesende:

Ratsherr Wilhelm Helg	entschuldigt
Ratsfrau Astrid Vogelheim	entschuldigt
Herr Ernst-Rudolf Kühn	entschuldigt
Herr Ralf Demmer	entschuldigt
Herr Peter Schiefer	entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Burgdorff	Dez. III
Herr Bierfert	FB 37
Herr Dr. Çelik	Dez. III
Frau Clemens	FB 63
Herr Elbert	FB 52
Herr Herrmann	FB 13
Herr Kemperdick	FB 23
Herr Lützeler	FB 63
Herr Ohlenschläger	FB 36
Frau Ohlmann	FB 61
Herr Schuster	FB 60
Herr Willsch	Dez. VI
Frau Strehle	FB 61
Frau Wulf	E 88

als Schriftführerin:

Frau Vohn	FB 61
-----------	-------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.05.2022 und 02.06.2022, öffentlicher Teil**

- 3 **Aachen klimaneutral 2030, Vorstellung einer Grobskizze**
Vorlage: FB 36/0167/WP18-1

- 4 **Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln**
hier:
Vorstellung des Planentwurfes der Bezirksregierung Köln und der Stellungnahme der Stadt Aachen
Vorlage: FB 61/0410/WP18

- 5 **"Vertikale Nachverdichtung für Gewerbe- und Nahversorgungsbauten etablieren"**
Sachstandsbericht zu Ratsantrag 42/21 der SPD-Fraktion vom 18.02.21
hier: Tagesordnungsantrag der SPD-Fraktion vom 25.05.2022

- 6 **Zeitplanung Bebauungsplan Sportpark Soers**
hier: Tagesordnungsantrag der SPD-Fraktion vom 06.07.2022

- 7 **Interimsfeuerwache**
hier: Sachstandsbericht zur Standortprüfung

- 8 **Vierte Feuer- und Rettungswache – Standort Robert-Schuman-Straße / Siegelallee;**
hier: Sachstandsbericht und Festlegung des Wettbewerbsverfahrens
Vorlage: FB 61/0451/WP18

- 9 **Umgang mit Mikroapartments**
Vorlage: FB 56/0179/WP18
- 10 **Kur- und Rehasstandort Burtscheid,**
hier: Arbeitsprogramm Perspektivplan und begleitender Kommunikationsprozess
Vorlage: FB 61/0443/WP18
- 11 **Festlegung Stadtumbaugebiet Beverau gemäß § 171b Abs 1 BauGB**
Vorlage: FB 61/0446/WP18
- 12 **Umgestaltung „Tuchmacherweg“ (Umsetzung des Integrierten**
Stadtentwicklungskonzeptes Aachen-Haaren):
Hier: Planungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0450/WP18
- 13 **Umgestaltung „Platz an der Friedenstraße“ (Umsetzung des Integrierten**
Stadtentwicklungskonzeptes Aachen-Haaren):
Hier: Planungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0449/WP18
- 14 **Umgestaltung „Platz am alten Kloster“ (Umsetzung des Integrierten**
Stadtentwicklungskonzeptes Aachen-Haaren):
Hier: Planungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0448/WP18
- 15 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 985 -Banker-Feld-Straße / Amstelbachstraße-**
hier: Sachstandsbericht
Vorlage: FB 61/0444/WP18
- 16 **Kirchenumfeld St. Germanus;**
hier: Bereitstellung überplanmäßiger Mittel
Vorlage: FB 61/0452/WP18

17 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.05.2022 und 02.06.2022,
nichtöffentlicher Teil**

- 2 **Private Bauvorhaben**

- 3 **Gestaltungsbeirat der Stadt Aachen – Berufung und Bestätigung stimmberechtigter
Mitglieder sowie Überarbeitung der Geschäftsordnung
Vorlage: Dez III/0010/WP18**

- 4 **Tivoli: Rahmenbedingungen für Veranstaltungen
Vorlage: E 88/0046/WP18**

- 5 **Grundstücksangelegenheit: Wettbewerbsverfahren städtische Potentialfläche
Seffenter Weg 60-78
Vorlage: FB 23/0122/WP18**

- 6 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1011 -Kurbrunnenstraße/ Am Viadukt- zwischen
Kurbrunnenstraße, Bachstraße und Am Viadukt;
hier: Sachstandsbericht / weitere Vorgehensweise
Vorlage: FB 61/0453/WP18**

- 7 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter*innen von Verwaltung, Öffentlichkeit und Presse.

Zur Tagesordnung schlägt er vor, die Tagesordnungspunkte I/7 „Vierte Feuer- und Rettungswache – Standort Robert-Schuman-Straße / Siegelallee“ und TOP I/8 „Interimsfeuerwache“ in der Reihenfolge zu tauschen, da so eine sinnvollere Beratung möglich sei.

Der Ausschuss stimmt dieser Änderung einstimmig zu.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.05.2022 und 02.06.2022, öffentlicher Teil

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.05.2022, öffentlicher Teil

Vorlage: FB 61/0483/WP18

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 05.05.2022, öffentlicher Teil.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei einer Enthaltung wegen Nichtanwesenheit

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.06.2022, öffentlicher Teil

Vorlage: FB 61/0485/WP18

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 02.06.2022, öffentlicher Teil.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 4 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

zu 3 Aachen klimaneutral 2030, Vorstellung einer Grobskizze

Vorlage: FB 36/0167/WP18-1

Nach einer kurzen Einführung durch Frau Burgdorff erläutert Herr Ohlenschläger die Vorlage der Verwaltung. Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

Für die Fraktion der Grünen äußert Frau Brinner Unterstützung für das Ziel, Aachen bis 2030 zur Klimaneutralität zu führen. Um dieses Ziel zu erreichen, seien tiefgreifende Veränderungen in den Bereichen Wohnen, Mobilität und Ernährung erforderlich, auch der Ausbau erneuerbarer Energien müsse vorangetrieben werden. Dabei sei es wichtig, die gesamte Gesellschaft mitzunehmen und so alle Potentiale auszuschöpfen. Der Vorlage der Verwaltung könne man zustimmen und wolle mit einer großen Kommunikationsoffensive sicherstellen, dass alle diesen Weg gemeinsam einschlagen könnten.

Für die Fraktion Die Zukunft signalisiert auch Herr Allemand Unterstützung für das ambitionierte Maßnahmenprogramm, das die Verwaltung vorgestellt habe. Von besonderer Bedeutung sei dabei auch das Stadtklima, daher bitte man die Verwaltung ausdrücklich, besonderen Augenmerk auf die Aspekte Fassaden- und Dachbegrünung zu legen und entsprechende Maßnahmen zu verankern.

Für die Fraktion der CDU kritisiert Herr Baal, dass sowohl in der Vorlage als auch im Vortrag der Verwaltung wichtige Schritte der Stadt Aachen auf dem Weg zum Integrierten Klimaschutzkonzept ausgelassen worden seien. Der Beschluss des IKSK mit einer solch breiten Zustimmung sei nur möglich gewesen, da alle Fraktionen sich bereits lange vorher mit dem Klimaschutz beschäftigt hätten und wichtige Maßnahmen des IKSK und des Klimaentscheids bereits mit Ratsbeschlüssen hinterlegt gewesen seien. Es sei nun entscheidend, den Menschen in Aachen die Zuversicht zu geben, dass die formulierten Ziele auch erreichbar seien und die hierzu notwendigen Maßnahmen zügig einzuleiten bzw. umzusetzen. Der Ausbau der Windkraft sei dabei von besonderer Bedeutung.

Für die SPD-Fraktion schließt sich Herr Plum der Kritik von Herrn Baal an. Durch das Engagement aller Fraktionen für den Klimaschutz seien bereits vor Jahren wichtige Grundlagen für die aktuellen Beschlüsse gelegt worden; man erwarte, dass dies auch in den aktuellen Vorlagen Berücksichtigung finde. Der Vorlage der Verwaltung werde man zustimmen, wobei man allerdings für die Zukunft darum bitte, Lob oder Dank an die Verwaltung nicht schon im Beschlussvorschlag vorzuformulieren, sondern dies dem Ausschuss zu überlassen.

Für die Fraktion Die Linke signalisiert auch Herr Beus Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung. Man sehe die Stadt Aachen vor großen Herausforderungen, insbesondere in dem Spannungsfeld, in dem es gelte, private Eigentümer zur energetischen Sanierung zu animieren und dabei gleichzeitig zu verhindern, dass Mieter*innen durch eben diese Maßnahmen unverhältnismäßig belastet würden.

Herr Huckle bedankt sich abschließend für die Wortbeiträge, die nochmals eine wichtige historische Einordnung geliefert hätten und bittet die Verwaltung darum, regelmäßige Zwischenberichte über die weiteren Fortschritte in den zuständigen Gremien zu geben.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Er bedankt sich für die grobe Skizzierung der Herausforderungen für die Fortschreibung des IKSK mit dem Fokus auf das Ziel der Klimaneutralität (Netto-Null-CO_{2eq}-Emissionen) als erste Wegbeschreibung mit strategischen und praktischen Schritten bis 2030. Der Ausschuss begrüßt es, dass Synergien zu im gleichen Kontext stehenden Projekten genutzt und diese zusammengeführt werden sowie die Kommunikation im Sinne einer frühzeitigen Mitmach-Bewegung für den mehrjährigen Prozess aufgesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 4 Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln

hier:

Vorstellung des Planentwurfes der Bezirksregierung Köln und der Stellungnahme der Stadt Aachen

Vorlage: FB 61/0410/WP18

Frau Strehle erläutert die Vorlage der Verwaltung. Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

Für die SPD-Fraktion dankt Herr Plum der Verwaltung für die Vorbereitung dieser Beratung. Man habe durchaus diskutiert, ob nicht der Regionalplan die Chance biete, gerade beim Wohnungsbau angesichts des dringenden Bedarfs gegenüber den im neuen Flächennutzungsplan ausgewiesenen Flächen nochmals zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen. In der Kürze der Zeit sei eine sorgfältige Auseinandersetzung mit dieser Frage jedoch nicht möglich gewesen, so dass man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zunächst folgen werde. Für zukünftige Diskussionen wolle man sich jedoch vorbehalten, einige Flächen insbesondere für den Wohnungsbau nochmals aufzugreifen und ggf. Änderungen anzustoßen.

Für die Fraktion der Grünen vertritt Frau Dörter die Auffassung, dass Aachen mit den Flächennutzungsplan Aachen*2030 sehr gut positioniert sei. Der Beschlussfassung sei eine sehr intensive und sorgfältige Abwägung vorangegangen, so dass man einer Stellungnahme auf dieser Grundlage im Regionalplanverfahren ebenfalls zustimmen könne. Die bestehenden Bedarfe sehe man durchaus, gleichzeitig sehe man aber auch die Notwendigkeit, den Flächenfraß zu begrenzen und die Innenentwicklung weiter zu stärken. Sorgfältig begleiten müsse man den Prozess auch im Hinblick auf

die Ausweisung der regionalen Grünzüge, um den Ausbau erneuerbarer Energien nicht unnötig zu behindern.

Für die Fraktion Die Zukunft kündigt auch Herr Allemand Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung an. Vor dem Hintergrund der Diskrepanz von zur Verfügung stehender Fläche und Bedarf vermisst man jedoch eine genauere Betrachtung von Brachflächen, insbesondere im Innenbereich.

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Baal der Verwaltung Dank für die sehr gute Arbeit aus. Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes habe man sich mit allen Flächen ausgiebig beschäftigt mit dem Ergebnis, dass auf den im Stadtgebiet zur Verfügung stehenden Flächen nicht alle Bedarfe umsetzbar seien. Diese Einschätzung halte man immer noch für richtig und stehe zukünftigen Änderungen eher skeptisch gegenüber. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung werde man daher zustimmen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Neuaufstellung des Regionalplanes zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, die vorliegende Stellungnahme der Stadt Aachen in den Beteiligungsprozess der Bezirksregierung Köln zur Neuaufstellung des Regionalplanes einzubringen und die inhaltlichen Positionen im weiteren Verfahren zu vertreten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 5 "Vertikale Nachverdichtung für Gewerbe- und Nahversorgungsbauten etablieren"

Sachstandsbericht zu Ratsantrag 42/21 der SPD-Fraktion vom 18.02.21

hier: Tagesordnungsantrag der SPD-Fraktion vom 25.05.2022

Frau Ohlmann erläutert kurz den Sachstand. Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

Frau Strehle kündigt ergänzend an, dass eine Neuauflage des Einzelhandelskonzepts anstehe und die Verwaltung eine Überarbeitung des Zentren- und Nahversorgungskonzepts vorbereite.

Auf Nachfragen durch Herrn Allemand und Herrn Plum stellt Frau Ohlmann klar, dass Aufstockungen nicht in jedem Fall möglich seien. Um den Arbeitsaufwand für die Verwaltung auf lohnende Fälle zu begrenzen sei man bemüht, aktuellen Entwicklungsdruck zu nutzen.

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses Frau Breuer sowie die Herren Allemand, Plum, Baal und Beus beteiligen, stellt Herr Hucke abschließend fest, dass die Inhalte des

Ratsantrags und der darauf basierenden Beschlussfassung des Ausschusses inzwischen in der täglichen Arbeit der Planungsverwaltung umgesetzt würden. Aus seiner Sicht könne der Ratsantrag daher als behandelt angesehen werden, weitere Informationen könne die Verwaltung im Rahmen der konkreten Planverfahren geben.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Planungsausschuss regelmäßig über den Sachstand der weiteren Umsetzung zu berichten. Der Ratsantrag Nr. 18/77 der SPD-Fraktion gilt damit als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 6 Zeitplanung Bebauungsplan Sportpark Soers

hier: Tagesordnungsantrag der SPD-Fraktion vom 06.07.2022

Herr Willsch informiert den Ausschuss ausführlich zum Sachstand des Förderantrags und zur Abbruchplanung für das ehemalige Polizeipräsidium. Frau Strehle berichtet über den aktuellen Stand sowie die geplante Vorgehensweise zum Masterplan Sportpark Soers und nimmt dabei insbesondere Bezug auf die Verknüpfung zu den notwendigen Bauleitplanverfahren.

Die den Vorträgen zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

Für die SPD-Fraktion erläutert Herr Plum kurz den Hintergrund des Tagesordnungsantrags und dankt der Verwaltung für die bisher geleistete Arbeit, insbesondere für die fristgerechte Einreichung des Förderantrags. Man hoffe natürlich, dass es gelinge, Fördergelder zu generieren und zu nutzen, es sei jedoch festzustellen, dass dieses Szenario speziell dem ALRV in seinen Planungen nicht helfe. Man müsse daher auch darüber sprechen, ob nicht bestimmte Flächen vorab mittels Bauleitplanung entwickelt werden könnten, um die Zeitplanung des ALRV zu ermöglichen.

Für die Fraktion Die Zukunft erklärt Herr Allemand, dass man die Verknüpfung des Sportparks Soers mit der Förderkulisse Rheinisches Revier für falsch erachte, da diese Mittel eigentlich für durch den Ausstieg aus der Braunkohleförderung stark betroffene Gemeinden gedacht seien. Zudem wolle man mit dem Sportpark den Breitensport fördern und einen Mehrwert für die Stadtgesellschaft generieren und nicht Planungsrecht für eine Ansammlung von Einzelinteressen schaffen. In diesem Sinne weise man darauf hin, dass für nicht gemeinnützige Private wie beispielsweise den ALRV auch eine Kostenbeteiligung geprüft werden müsse.

Für die CDU-Fraktion betont Herr Baal die Bedeutung des Themas, die Herausforderung bestehe allerdings darin, wie das Gesamtpaket auf ein handhabbares Maß heruntergebrochen werden könne. Das Gesamtvolumen mache deutlich, dass eine Abschichtung unumgänglich sei. Wegen der Unwägbarkeiten im Zeit- und Kostenplan plädiere man daher dafür, die Abrissplanung für das Polizeipräsidium vorzuziehen und umgehend zu beginnen. Den Prozess des Masterplans werde man gerne begleiten, aber auch hier müsse man zeitliche und inhaltliche Prioritäten finden. Nicht alles erfordere ausschließlich städtische Mittel, so könne auch der ALRV Fördermittel generieren oder Sponsorengelder akquirieren. Man halte es für sinnvoll, im nächsten halben Jahr die Zuständigkeiten und die Ressourcen zu klären, eine belastbare Zeitplanung zu erarbeiten und zu kommunizieren und nach Möglichkeit die Projekte der unterschiedlichen Akteursgruppen darin einzupassen. Auf einer solchen Grundlage könne dann über das weitere Vorgehen beschlossen werden.

Für die Fraktion Die Linke vertritt Herr Beus die Auffassung, dass man an der ursprünglich beabsichtigten Reihenfolge, nämlich erst den Masterplan aufzustellen und auf dieser Grundlage die weiteren Planungsschritte anzugehen, festhalten sollte. Die privaten Interessen seien verständlich, der Planungsausschuss sei jedoch der bestmöglichen Entwicklung für die gesamte Stadt verpflichtet. Der Zusammenhang zwischen Sportpark Soers und der Förderkulisse Rheinisches Revier sei nicht offensichtlich; wenn man aber schon öffentliche Gelder hier einsetze, müsse auch ein positiver Effekt für die Stadtgesellschaft entstehen, beispielsweise durch den Bau einer auch für den Breitensport nutzbaren Mehrzweckhalle. Insgesamt halte man das von der Verwaltung vorgestellte Konzept noch nicht rund.

Für die Fraktion der Grünen weist Frau Dörter auf die Unterschiede zwischen den einzelnen Zeitsträngen und Geschwindigkeiten von Projekten und Verfahrensdauern hin. Flächenkonflikte seien bereits absehbar, daher halte man es für notwendig, alle angemeldeten Bedarfe aufzuarbeiten, zu sortieren und in ein Gesamtkonzept einzubinden. Es sei nicht sinnvoll, kleinere Teilplanungen vorzuziehen und festzuzurren und damit im Vorgriff auf den Masterplan schon Tatsachen zu schaffen.

Herr Küppers erinnert daran, dass alle Fraktionen sich einvernehmlich für den Förderantrag ausgesprochen hätten. Gleichzeitig habe man aber auch darum gebeten, die Zeitplanungen der Vereine zu berücksichtigen. Hier müsse man nun nochmals nach kreativen Ansätzen suchen, wie dies ermöglicht werden könne.

Frau Burgdorff erklärt, dass man verwaltungsseitig selbstverständlich bereit sei, alle Anregungen entgegenzunehmen und die planungsrechtlichen Instrumente für das weitere Vorgehen nochmals zu schärfen. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass eine prüffähige Planung vorliege.

Herr Hucke nimmt nochmals Bezug auf den im Juni gefassten Ausschussbeschluss, mit dem man die Verwaltung beauftragt habe, darauf hinzuwirken, dass die Zeitpläne der Vereine eingehalten werden können. Die Beschlusslage sei klar, eine Garantie sei damit jedoch nicht verbunden.

Als Zusammenfassung der heutigen Diskussion schlägt er vor, dass der Ausschuss die Bitte an die Verwaltung richte, zur Vorbereitung der weiteren Beschlussfassung bis Ostern 2023 verlässliche Aussagen zu erarbeiten und Prioritäten zu identifizieren. Weiterhin werde darum gebeten, mit der Abrissplanung umgehend zu beginnen.

Der Ausschuss stimmt dem einvernehmlich zu.

zu 7 Interimsfeuerwache

hier: Sachstandsbericht zur Standortprüfung

Frau Strehle erläutert ausführlich Rahmenbedingungen und Ergebnis der Flächensuche sowie die konkrete Detailprüfung zum Standort „Eismännchen“. Herr Bierfert ergänzt hierzu die feuerwehrtechnischen Anforderungen. Die den Vorträgen zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Plum, dass man den Standort „Eismännchen“ ablehne. Man habe den Eindruck, dass die für die Prüfung zugrunde gelegte Planung nicht stimmig sei und dass bei Anpassung der Suchkriterien auch andere Flächen in Frage kämen. Da für eine Interimswache nur die Erreichung von Schutzziel 1 maßgeblich sei, sei es fraglich, ob tatsächlich eine Rettungswache sowie die vorgesehenen Räumlichkeiten für Schulung/ Ausbildung und Jugend berücksichtigt werden müssten. Auch die Parkplätze seien aus seiner Sicht nicht zwingend, hier könne man eventuell mit einem Shuttle-Service arbeiten. Man bitte daher darum, dass die Verwaltung nochmals in die Prüfung einsteige und zeitnah eine abschließende Entscheidung vorbereite. Dabei erwarte man allerdings eine fristgerecht zugestellte schriftliche Vorlage, eine Entscheidung ohne Vorberatung in der Fraktion nur aufgrund eines mündlichen Berichts sei bei einem solch komplexen Thema nicht möglich.

Für die Fraktion der Grünen spricht sich auch Frau Dörter dafür aus, auf die Mindestanforderungen einer Interimswache zurückzugehen und nochmals andere Flächen zu betrachten. Einige Hindernisse resultierten scheinbar daraus, dass hier gleiche Suchmodalitäten wie für die endgültige Lösung angelegt würden, hier könne man in einigen Punkten sicherlich flexibler agieren und dadurch Spielräume gewinnen.

Frau Brinner regt ergänzend hierzu an, Feuer- und Rettungswache zu trennen und an unterschiedlichen Standorten unterzubringen.

Für die CDU-Fraktion weist Herr Baal darauf hin, dass eine Lösung für das Problem „Interimswache“ bereits seit geraumer Zeit überfällig sei. Es sei daher zu begrüßen, dass die Verwaltung die Realisierung nun vorantreibe, den Standort „Eismännchen“ jedoch werde auch seine Fraktion nicht unterstützen. Der Widerstand in der Bevölkerung werde erheblich sein, zudem laufe man Gefahr, mit den Diskussionen um

das „Eismännchen“ auch den endgültigen Standort Siegel zu belasten. Man bitte daher dringend darum, für die Interimswache eine andere Lösung zu finden.

Für die Fraktion Die Zukunft stimmt Herr Allemand seinen Vorredner*innen zu. Man dürfe auch den emotionalen Aspekt beim Standort „Eismännchen“ nicht unterschätzen, der die Debatte um diese Planung unnötig belasten würde. Auch seine Fraktion plädiere daher dafür, die Suchkriterien neu zu schärfen und eine andere Fläche zu finden.

Für die Fraktion Die Linke schließt sich auch Herr Beus den ablehnenden Stellungnahmen zum „Eismännchen“ an. Die dringende Bedarfslage und die Unverzichtbarkeit einer Interimswache sei allerdings unstrittig, daher müsse nun zügig eine andere Fläche gefunden werden. Ein weiteres Hinauszögern der Entscheidung sei unverantwortlich.

Frau Burgdorff betont den eindeutigen Auftrag an die Verwaltung, einen Standort für eine Interimswache zu finden. Nach umfassenden Suchprozessen seien im Grunde alle in Frage kommenden Flächen bekannt und geprüft. Zur nächsten Sitzung könne man die Herleitung ausführlich in einer Vorlage darlegen; auf dieser Grundlage müsse dann eine Entscheidung getroffen werden.

Herr Frankenberger bietet an, die Fläche Heidbenden, die derzeit durch Container für Flüchtlingsunterbringung belegt wird, unter Berücksichtigung der vorgetragenen Aspekte nochmals einer Prüfung zu unterziehen.

Nach einer ausführlichen Aussprache, an der sich seitens des Ausschusses Frau Dörter, Frau Brinner, Frau Breuer und die Herren Plum, Baal, Allemand, Beus, Gilson sowie seitens der Verwaltung, Frau Strehle, Frau Burgdorff, Frau Ohlmann und die Herren Bierfert und Frankenberger beteiligen, fasst Herr Hucke die Diskussionsergebnisse zusammen und unterbreitet folgenden Vorschlag zum weiteren Vorgehen:

Die Verwaltung wird gebeten, flexibel und mit kreativen Ansätzen nochmals in die Standortprüfung einzusteigen. Der Standort Siegel soll nur dann als Option herangezogen werden, wenn keine andere Lösung gefunden werden kann, die die Einhaltung der Schutzziele gewährleistet. Der Bedarfsträgerausschuss ist zeitnah einzubinden. Zur Septembersitzungsfolge wird eine entscheidungsreife Beratungsunterlage vorgelegt.

Mit diesem Vorgehen erklärt der Ausschuss sich einvernehmlich einverstanden.

zu 8 Vierte Feuer- und Rettungswache – Standort Robert-Schuman-Straße / Siegelallee;
hier: Sachstandsbericht und Festlegung des Wettbewerbsverfahrens
Vorlage: FB 61/0451/WP18

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, für die vierte Feuer- und Rettungswache am Standort Robert-Schuman-Straße/Siegelallee einen einstufigen Planungswettbewerb durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Umgang mit Mikroapartments

Vorlage: FB 56/0179/WP18

Herr Plum berichtet, dass der Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss einen erweiterten Beschluss gefasst habe, mit dem die Festsetzung der Quote von in der Regel 20% für Mikroapartments in vorhabenbezogenen Bebauungsplänen nicht nur auf Grundlage der Gesamtwohnfläche des Vorhabens sondern auch der Anzahl von Wohnungen möglich sein soll. Zur Anwendung soll dabei jeweils die Variante kommen, die eine geringere Anzahl an Mikroapartments zulässt. Diese Beschlusserweiterung beantrage die SPD-Fraktion auch für den Planungsausschuss.

Für die Fraktion Die Linke betont Herr Beus die Bedeutung der Regulierung von Mikroapartments für das soziale Gefüge in den Quartieren, aber auch in der Gesamtstadt. Angesichts der Tatsache, dass in Aachen mehr als die Hälfte der Haushalte Ein-Personen-Haushalte seien, müsse man alle geeigneten Instrumente nutzen, um einen Wohnungsmix zu schaffen, der auch Familien und Wohngemeinschaften Möglichkeiten biete. Dem Beschlussvorschlag in der vom Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss erweiterten Fassung werde man daher zustimmen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, mit dem Ziel der gezielten Steuerung des Neubaus von Mikroapartments, zu beschließen:

1. in Bereichen ohne Bebauungsplan im Wege der Beratung auf den für das jeweilige Quartier sinnvollen Wohnungsmix einzuwirken. Die Errichtung von Mikroapartments gemäß Aachener Definition bleibt hier grundsätzlich zulässig. Die Verwaltung wird beauftragt, bei Bedarf steuernde Aufstellungsbeschlüsse für einen Bebauungsplan zu veranlassen.

2. die Anwendung der Steuerungsmöglichkeiten durch einen sektoralen Bebauungsplan zur Wohnraumversorgung unter den in der Vorlage beschriebenen Rahmenbedingungen zu prüfen,
3. in Angebotsbebauungsplänen zukünftig Festsetzungen zur Steuerung des Wohnungsmix zu treffen. Der Wohnungsmix ist dabei auf das jeweilige Plangebiet abzustimmen und soll unter Würdigung des jeweiligen Bauvorhabens den sozialen Strukturen des Quartiers entsprechen. Auf die Planrechtschaffung für Mikroapartments gemäß Aachener Definition wird grundsätzlich verzichtet.
4. in vorhabenbezogenen Bebauungsplänen Festsetzungen zur Steuerung des Wohnungsmix zu treffen. Der Wohnungsmix soll dabei unter Würdigung des jeweiligen Bauvorhabens eine den sozialen Strukturen des Quartiers entsprechen. Die Planrechtschaffung für Mikroapartments gemäß Aachener Definition ist in angemessener Quote, in der Regel maximal 20% je Gesamtwohnfläche des Vorhabens **oder** maximal 20 % der Anzahl von Wohnungen möglich. Zur Anwendung kommen soll die Variante, die eine geringere Anzahl an Mikroapartments zulässt. Steuernde und konkretisierende Regelungen werden im Durchführungsvertrag vereinbart.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 10 Kur- und Rehasstandort Burtscheid,

hier: Arbeitsprogramm Perspektivplan und begleitender Kommunikationsprozess

Vorlage: FB 61/0443/WP18

Für die Fraktion Die Zukunft kritisiert Herr Allemand die beabsichtigte externe Vergabe. Es sei nicht ersichtlich, warum insbesondere die Mittel für den Kommunikationsprozess ausgegeben werden müssten; die Verwaltung habe selbst die Kompetenz zur Durchführung dieser Verfahrensschritte.

Frau Strehle erläutert hierzu, dass eine intensive Beteiligung mit mehreren Workshops beabsichtigt sei. Zwar habe die Verwaltung die notwendige Kompetenz, allerdings müsse man die Gesamtkapazität der vorhandenen Personalressourcen betrachten. Wenn für Burtscheid eine Eigenleistung gewünscht sei, sei eine Aufgabenkritik im Hinblick auf die übrigen anstehenden Projekte erforderlich.

Frau Burgdorff betont, dass Untersuchungen zufolge öffentliche Mittel, die im Rahmen von Städtebauförderprojekten eingesetzt würden, ein mehrfaches Volumen an privaten Investitionen nach sich zögen. Ziel des jetzt angestrebten Prozesses sei es, solche Investitionen anzustoßen und zu kanalisieren.

Herr Hucke weist darauf hin, dass die Politik in dem Diagramm der Beteiligten zwar nicht aufgeführt, aber selbstverständlich in die weiteren Schritte eingebunden sei.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Durchführung der Vergabeverfahren für die Erstellung des Perspektivplans und den begleitenden Kommunikationsprozess.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einer Gegenstimme durch die Fraktion Die Zukunft und einer Enthaltung durch die AfD

zu 11 Festlegung Stadtumbaugebiet Beverau gemäß § 171b Abs 1 BauGB

Vorlage: FB 61/0446/WP18

Herr Hucke erklärt sich für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil

Herr Plum übernimmt den Vorsitz.

Für die CDU-Fraktion kündigt Herr Baal an, dass man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen und dem Rat die Festlegung des Stadtumbaugebiets Beverau empfehlen werde. Die Beverau habe in den letzten Jahrzehnten bereits einige Veränderungen durchlebt und sei heute ein gutes Wohngebiet. Mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept und der Akquirierung von Fördermitteln sei nicht beabsichtigt, auf Defizite hinzuweisen, sondern einen schönen Teil der Stadt weiterzuentwickeln und zukünftige Entwicklungen in eine gute Richtung zu steuern. Auch wenn die Kommunikation hierzu bislang offensichtlich missverständlich abgelaufen sei, seien alle Bewohner*innen eingeladen, sich im Prozess zu beteiligen. Mit dem Umbau des Branderhofs und der geplanten Neubebauung stehe eine weitere Veränderung bevor. Dass hier neue Wohnbebauung entstehe, sei unstrittig, Details werde der in Aufstellung befindliche Bebauungsplan regeln. Auch die anstehende Offenlage biete die Möglichkeit, sich zu äußern und Anregungen, Impulse und Kritik vorzubringen. Die Debatte werde an einigen Stellen sicherlich kontrovers verlaufen, und letztlich werde man nicht alle Wünsche erfüllen können, aber alle Belange würden gehört.

Für die SPD-Fraktion signalisiert Herr Küppers ebenfalls Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung und appelliert an die Bürger*innen, den Ergebnissen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts offen gegenüberzustehen und sich in den Prozess einzubringen. Erfahrungen in anderen Stadtbezirken, zuletzt beispielsweise in Haaren, hätten gezeigt, dass aus einem ISEK entwickelte Maßnahmen dem gesamten Gebiet zugutekommen könnten. Dass die Kommunikation und der Dialog mit den Bürger*innen optimiert werden könne, habe man allerdings auch dort bereits festgestellt und eine Verbesserung gefordert. Man sei zuversichtlich, dass die Verwaltung dies nun auch umsetzen werde.

Für die Fraktion der Grünen betont Frau Dörter ebenfalls die Möglichkeit für die gesamte Anwohnerschaft, sich in den Prozess einzubringen, sich zu äußern und von den anstehenden

Maßnahmen zu profitieren. Man hoffe, dass sich viele Menschen beteiligten und so neben der Entwicklung des Branderhofs gute Ergebnisse für das gesamte Gebiet erzielt werden könnten.

Für die Fraktion Die Linke weist Herr Beus darauf hin, dass mit dem Umbau und der entstehenden Wohnbebauung eine riesige Chance zur Realisierung von dringend benötigtem Wohnungsbau verbunden sei. Der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen sei riesig, und ein Projekt der Innenentwicklung wie dieses biete die beste Antwort darauf.

Frau Breuer betont nochmals die Notwendigkeit einer verbesserten Kommunikation mit der Anwohnerschaft. Die Intention des ISEK und die Auswirkungen auf die einzelnen Bewohner*innen seien offensichtlich nicht richtig angekommen, dies müsse dringend klargestellt werden.

Nach einer ausführlichen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses Frau Dörter, Frau Breuer, die Herren Baal, Küppers und Beus sowie seitens der Verwaltung Frau Burgdorff beteiligen, weist Herr Plum abschließend darauf hin, dass die Öffentlichkeit im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens nochmals die Möglichkeit erhalte, sich zur Planung zu äußern und dass alle Eingaben von Bürger*innen in die Abwägung eingestellt würden.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen auf der Grundlage des fortgeschriebenen integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) Beverau den Beschluss zur Festlegung des Stadtumbaugebietes Beverau gemäß §171b BauGB zu fassen. Die räumliche Abgrenzung des Stadtumbaugebietes ergibt sich aus dem beigefügten Lageplan.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 12 Umgestaltung „Tuchmacherweg“ (Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Aachen-Haaren):

Hier: Planungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0450/WP18

Für die Fraktion der Grünen signalisiert Frau Dörter Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. Anregen wolle man lediglich noch zu prüfen, ob auch Sitzgelegenheiten im rückwärtigen Bereich vorgesehen werden könnten.

Für die SPS-Fraktion kündigt auch Herr Küppers Zustimmung an. Die von Frau Dörter vorgetragene Anregung sei auch in der Bezirksvertretung Aachen-Haaren diskutiert worden, dort habe die Verwaltung bereits eine Prüfung zugesagt.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Die Planungsausschuss empfiehlt dem Mobilitätsausschuss, den Planungsbeschluss für die Umgestaltung „Tuchmacherweg“ zu fassen und die Stadtverwaltung entsprechend mit der Beantragung von Städtebaufördermitteln zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 13 Umgestaltung „Platz an der Friedenstraße“ (Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Aachen-Haaren):

Hier: Planungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0449/WP18

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt die Entwurfsplanung zur Umgestaltung „Platz an der Friedenstraße“ und beauftragt entsprechend die Stadtverwaltung mit der Beantragung von Städtebaufördermitteln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 14 Umgestaltung „Platz am alten Kloster“ (Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Aachen-Haaren):

Hier: Planungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0448/WP18

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss empfiehlt dem Mobilitätsausschuss, den Planungsbeschluss für die Umgestaltung „Platz am alten Kloster“ zu fassen und die Stadtverwaltung entsprechend mit der Beantragung von Städtebaufördermitteln zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 15 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 985 -Banker-Feld-Straße / Amstelbachstraße-
hier: Sachstandsbericht
Vorlage: FB 61/0444/WP18**

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 16 Kirchengrund St. Germanus;
hier: Bereitstellung überplanmäßiger Mittel
Vorlage: FB 61/0452/WP18**

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss empfiehlt dem Rat, für die Maßnahme „Kirchengrund St. Germanus“ bei PSP-Element 5-120102-300-02600-300-1 eine überplanmäßige Auszahlung im Haushaltsjahr 2022 i.H.v. 671.000 € bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 17 Mitteilungen der Verwaltung

Folgende Mitteilungen der Verwaltung liegen schriftlich vor:

- Integriertes Stadtentwicklungskonzept Forst / Schönforst / Driescher Hof
- Veranstaltung im PopUp-Campus